

Abgrenzung als Chance

Die Linke nach dem Programmparteitag

Jana Frielinghaus

Viele tonangebende Linke-Politiker hoffen noch immer, dass die SPD ihre Absage an ein Bündnis mit ihrer Partei im Bund zurücknimmt. Entsprechend versuchten sie auf dem Bundesparteitag am Wochenende, im Programm zur Bundestagswahl im September Formulierungen durchzusetzen, die es dem neoliberalen Mainstream bei Sozialdemokraten und Grünen erleichtern würden, dergleichen doch noch in Erwägung zu ziehen. Dies gelang ihnen an einigen Stellen, an anderen nicht. Viele Delegierte auf dem Parteitag am Wochenende in Hannover kritisierten die Formulierung des Programms, die Partei werde nur Koalitionen eingehen, in denen die laufenden Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland beendet werden, mit Recht als Aufweichung bisheriger friedenspolitischer Positionen. Denn bei vielen Missionen der deutschen Streitkräfte wird zwar nicht geschossen und gebombt. Zum Frieden tragen sie dennoch nicht bei, im Gegenteil. Andererseits: Ansagen wie diese rufen die erwartbaren, in geheuchelter Empörung vorgetragen Reaktionen bei Vertretern der beiden von der Linken umworbenen Parteien hervor: »regierungsunfähig«, »ewiggestrig« und »nicht verlässlich« sind die sich in Endlosschleife wiederholenden Vokabeln.

Und tatsächlich wäre ja schon die Umsetzung des Kampfeinsatzbeendigungsversprechens im Vergleich mit dem imperialen und militaristischen Handeln der jetzigen Regierung ein geradezu epochaler Schritt. Kritiker des Beschlusses von Hannover sollten sich das gelegentlich vor Augen führen. Auch die sozialpolitischen Forderungen des Programms sind im Vergleich zur seit 1990 und verschärft seit 2004 unter »Rot-Grün« betriebenen Enteignung der Masse der Bevölkerung fast schon revolutionär. Zum Beispiel: Abschaffung von Hartz IV samt Repressionsapparat, Umverteilung nach unten mittels eines cleveren, bis in die bürgerliche Mitte zustimmungsfähigen Steuerkonzepts und 1.050 Euro bedingungslose Mindestsicherung für Rentner wie für Sozialleistungsbezieher.

Die Linkspartei ist die einzige mit Chance auf Einzug in den Bundestag mit einer solchen Agenda. Zugleich will sie den bürgerlichen Staat erklärtermaßen nicht aus den Angeln heben. Dennoch fühlen sich die Eliten allein durch die von ihr angekündigte Wiederherstellung einer gewissen Unabhängigkeit von der Wirtschaftslobby derart in ihrer Macht bedroht, dass sie ihren Niedergang mit Inbrunst herbeibeten. Gleichzeitig sind sie derzeit wie die von ihnen bezahlten bürgerlichen Parteien nicht schlau genug, Die Linke in bewährter Umarmungsstrategie zu neutralisieren. Genau das ist für sie eine große Chance. Bleibt abzuwarten, ob sie die zu nutzen versteht. Ein Bewusstsein für die Verantwortung, die man gerade angesichts des bedrohlichen Erstarkens rechter Parteien und Bewegungen in der EU hat, schien auf dem Hannoveraner Konvent präsent zu sein.

ANZEIGE

